

Pulsnitzer Tageblatt

Verantwortlicher Redakteur: Pulsnitzer Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen, hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.80 RM frei bei b



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pf.; amtlich 1 mm
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontraktfällen
gelandt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörnberg, Bretzig, Hauswalbe, Horn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehlendorfer, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Verlagsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 10

Sonnabend, den 12. Januar 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Das gerichtliche Vergleichsverfahren, das zur Abwendung des Konkurses über das
Vermögen des Schuhmachermeisters und Schuhwarenhandlers Ludwig Max Kind in Pulsnitz,
Langestraße Nr. 16, eröffnet worden ist, ist zugleich mit der Befristung des im Vergleichster-
mine vom 4. Januar 1929 angenommenen Vergleichs durch Beschluß vom gleichen Tage auf-
gehoben worden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 7. Januar 1929

Ziegenzüchter

Die Deckumlage für 1928 beträgt 2,- RM für jede vorhanden gewesene zuchtfähige
Ziege. Die Einhebung erfolgt in den nächsten Tagen.
Rückständige Umlagen werden wie öffentliche Abgaben nach dem Gesetz über die Zwangs-
vollstreckung wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen vom 18. 7. 1902 beigetrieben.

Pulsnitz, den 12. Januar 1929.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste

In Middletown (Pennsylvanien) ereignete sich ein schweres Flugzeug-
unglück. Bei einer mißglückten Notlandung eines mit fünf Armee-
fliegern besetzten Flugzeuges ging der Apparat völlig in Trümmer
Alle fünf Insassen wurden getötet.

Wien hatte am Freitag von den wenigen Kältetagen des Winters den
kältesten Tag. Die Temperatur betrug in Wien minus 16 Grad
Celsius. In Innsbruck wurden minus 18 Grad und in Wien mi-
nus 22 Grad gemessen. Demgegenüber ist die Kälte auf den Höhen
wesentlich geringer.

In der Provinz Toscana wurde Freitag um 6 Uhr 20 Min. ein heftiger
Erdstoß verspürt, dem ein dumpfes Rollen voranging. Trotz
der ungewöhnlichen Kälte verließ die Bevölkerung von Rom ergrif-
fen, an vielen Orten die Häuser, um auf der Straße das Ende des
Bedens abzuwarten.

In der Nacht auf Freitag ist in Oran ein heftiger Erdstoß verspürt
worden, desgleichen auch in Saint Denis. Es stürzten Wände und
Decken ein und die erschrockenen Bewohner eilten auf die Straßen.
Am Sonnabend kurz vor 1 1/4 Uhr fand die Interpellationsdebatte in
der Kammer mit einem Vertrauensvotum für Poincaré ihren Ab-
schluß. Dafür stimmten 325 und dagegen 251 Abgeordnete, so daß
die Regierung über eine Mehrzahl von 74 Stimmen verfügt.

Politischer Wochenrückblick.

Die deutschen Dawes-Sachverständigen. — Der mächtigste
König Europas. — Tschechische „Bodenreform“. — Die
Ostmark hilft sich selbst.

Die Berliner Besprechungen des deutschen Botschafters
in Paris, Herrn von Hoesch, mit dem Außenminister
und sein Vortrag beim Reichspräsidenten haben ihren Nie-
derschlag gefunden in der Ernennung der deutschen
Finanzsachverständigen durch die Reichsregierung. Deutsch-
land ernannte als seine Sachverständigen einen Vertreter
des Bankfaches und einen Mann aus der Industrie: den
Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und dann den be-
kannten Generaldirektor Dr. Böglers-Dortmund; auch die
beiden Stellvertreter Dr. Melchior und Geheimrat
Krauß sind führende Persönlichkeiten aus den genannten
beiden Berufsständen. Die genannten Herren sind durch
ihre Kenntnisse und Erfahrungen zur Beurteilung der
wahren Zahlungsfähigkeit Deutschlands besonders be-
fähig. Man weiß, daß es sich bei den Herren weder um
Heißsporne noch Erfüllungsenthusiasten handelt — um das
Wort eines rechtsstehenden Blattes zu gebrauchen. Von
besonderer Bedeutung ist, daß auch die — an sich leider nicht
vertretene — Landwirtschaft keine Einwendungen
erhebt.

König Alexander von Serbien scheint aufs Ganze
zu gehen; sein Manifest vom 6. Januar spricht dafür. Der
König hat die Leitung des Staates persönlich in die Hand
genommen. Der Parlamentarismus ist beseitigt worden.
Diese staatsrechtliche Form des Regierens hatte in dem
national so uneinheitlichen Staate der Serben, Kroaten und
Slowenen besonders katastrophale Erscheinungen gezeigt.
Es gibt jetzt in der Tat keinen zweiten König in Europa,
der in seiner Person die Gesetzgebung, den Vorkurs und
die Rechtspflege gleich König Alexander vereinigt. Man
darf sich nicht betören lassen durch die Personen, aus denen
König Alexander seine neue Regierung bildete. Der Mi-
nisterpräsident, General Sirovitsch, verkörpert nicht
die Militärdiktatur, er stellt vielmehr einen besonderen
Vertrauensmann des Königs dar, der nichts anderes als
den Willen des Königs auszuführen gesonnen ist. Schon
seit geraumer Zeit genießt er dessen besonderes Vertrauen.
Aber auch die anderen neuen Männer, so sehr sie partei-
politisch abgestempelt sind, werden der Politik des Königs
keine Steine in den Weg legen. — Im übrigen sind alle drei
Völkerverbände Südslawiens in der Regierung vertreten. Die
Kroaten sogar mit drei Ministern. Die Kroaten scheinen
zum ersten Male zufrieden! Die von ihnen so leidenschaft-
lich verlangte absolute Gleichheit aller Bürger des Staates
ist hergestellt; es gibt nur einen regierenden König und ein
regierendes Volk, aber kein Parlament, keine parlamen-
tarischen Klubs.

Was versteht der Tscheche unter Bodenreform?
Enteignung des landwirtschaftlich genutzten Bodens!

Eine halbe Milliarde neue Steuern

Wie der Reichsfinanzminister das Defizit von 750 Millionen decken will

Die Höhe der Annuitäten

Das Reichskabinett wird sich von Montag ab in einer
Reihe von Sitzungen mit dem Haushaltsplan für 1929 und
den dazugehörigen neuen Steuererlassen beschäftigen, die zur
Deckung des Defizits erforderlich werden. Die Vorarbeiten
des Reichsfinanzministeriums sind abgeschlossen. Nach den
Vorschlägen des Reichsfinanzministers ist beabsichtigt, das De-
fizit von rund 750 Millionen, welches sich bei dem mit
etwa 10 Milliarden balancierenden Etat ergeben hat, auf
doppelte Weise zu decken, einmal durch Abstriche in den ver-
schiedenen Ressorts und zweitens durch neue Einnahmen.
Die Abstriche, die voraussichtlich in erster Linie bei dem Etat
des Reichsverkehrsministeriums und dem Etat des Reichs-
wehrministeriums in Betracht kommen, dürften voraussicht-
lich die Höhe von 200 Millionen nicht überschreiten, so daß
noch unaufgebrachte 500 Millionen aufzubringen wären.

Dafür kommen die Wege in Betracht, die wir in der
gestrigen Nummer anführten.

Aber es ist

noch sehr fraglich, ob dieser rechnerisch einwandfreie
Weg auch politisch gangbar ist.

Der Plan, der sich auf die Neuregelung der Bezüge der Län-
der erstreckt, wird voraussichtlich im Reichsrat auf starken
Widerstand stoßen. Die Erhöhung der Biersteuer wird von



Reichsfinanzminister Dr. Gilsberding,
der uns das neue Steuerbuckett überreichte.

der Bayerischen Volkspartei entschieden abgelehnt,
und das Zentrum nimmt seit dem Kölner Parteitag weit-
gehende Rücksicht auf die Wünsche der Bayerischen Volks-
partei. Ein Ausbau der Erbschaftsteuer wird bei allen
bürgerlichen Parteien als unerwünscht be-
trachtet, und der Steigerung der Vermögenssteuer, soweit
Mittelkassen in Betracht stehen, stehen Anträge der
Deutschen Volkspartei entgegen. Unter diesen Um-
ständen ist es fraglich, ob dieses Gesamtprogramm das Ka-
binett, den Reichsrat und den Reichstag unverändert passie-
ren wird. Vielmehr hält man in politischen Kreisen die
Möglichkeit für gegeben, daß sehr weitgehende Änderungen
vorgenommen werden, oder daß unter Umständen

an Stelle dieses ganzen Programms ein anderer Weg
beschritten werden muß. Man hat vor einiger Zeit bereits
den Gedanken einer Erhöhung der Umsatzsteuer
zur Debatte gestellt, hat aber diesen Weg zunächst nicht weiter
verfolgt, weil davon eine Erhöhung des allgemeinen Preis-
niveaus befürchtet wird. Die letzte Senkung der Umsatz-
steuer von 1 Prozent auf 0,75 Prozent brachte für das Reich
einen Ausfall von etwa 500 Millionen, so daß eine Wieder-

erhöhung auf 1 Prozent voraussichtlich den gesamten, jetzt zu
deckenden Fehlbetrag einbringen würde. Gegen eine solche
Maßnahme würden aber voraussichtlich die Sozialde-
mokraten lebhaften Widerpruch erheben. Diese Komplika-
tion der Lage erklärt es auch, daß vorläufig an die Ver-
wirklichung der Großen Koalition nicht
herangegangen wird, da das erwähnte Steuer-
programm im Reichstage vermutlich nur mit wechselndem
Mehrheiten angenommen werden könnte. Eine weitere
Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß

bis zum 1. April der neue Finanzausgleich
fertiggestellt

sein müßte. Aber man glaubt nicht, daß dies ermöglicht
werden kann. Vielmehr wird wohl der bisherige Finanzaus-
gleich noch einmal verlängert werden müssen, allerdings
mit der Aenderung, daß die oben erwähnte Rücküberweisung
von 100 Millionen hineingearbeitet wird, was eventuell auch
in einem Etatgesetz geschehen könnte. Ob es möglich ist, den
Haushalt mit den Deckungsgesetzen, ferner das Steuervereini-
gungsgesetz und den Finanzausgleich bis zum 1. April
zu erledigen, ist zweifelhaft, da vorläufig noch der
Reichstag mit der Beratung des Nachtragsetats für 1928
beschäftigt ist und da der erste Osterfeiertag bereits auf dem
31. März fällt. Man muß unter diesen Umständen mit der
Möglichkeit eines Notetats und der endgültigen Fertig-
stellung des Etats erst im Laufe des April rechnen.

Die Höhe der Annuitäten mit 2 1/2 Milli- arden steht fest

Eine Erklärung Coolidges

Berlin, 12. Januar. Wie das „Berliner Tageblatt“
aus Washington berichtet, ließ Präsident Coolidge in einer
Erklärung des Weißen Hauses bekanntgeben, daß nach seiner
Information die einzige Aufgabe des Reparationsausschusses
in der Festsetzung der deutschen Gesamtschuld bestehe. Die
Höhe der Annuitäten, so fügte der offizielle Sprecher hinzu,
siehe ja bereits mit 2 1/2 Milliarden Mark fest. Es bleibe
nur noch übrig, über die Zahl der Annuitäten eine Einigung
herbeizuführen. Weiter wurde erklärt, daß die amerikanischen
Sachverständigen zunächst nicht Vertreter der Regierung im
Ausschuß seien. Erst später, wenn ein neuer Verteilungs-
schlüssel für die zu erwartende neue Reparationsüberkunft
verabredet werden müsse, würden offizielle diplomatische Ver-
treter der Vereinigten Staaten an solchen Beratungen teil-
nehmen. Amerika habe das deutsche Eigentum freigegeben,
habe aber noch immer Interesse an einer Sicherung seiner
Ansprüche gegen die deutschen Staatsangehörigen sowie an
den Kosten der Rheinlandbesetzung. Man dürfe auf ein be-
friedigendes Ergebnis hoffen, denn auch der Dawesplan habe
sich als Erfolg erwiesen.

Beratungen über das Reichsbesoldungsgesetz.

Berlin. Der Beamtenausschuß des Reichstages setzte
die Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Reichs-
besoldungsgesetz fort, und zwar beschäftigte man sich zunächst
in längerer Aussprache mit den Bestimmungen über den
Verlust an Besoldungsdienstalter. Es wurde der Wunsch
ausgesprochen, die Bestimmungen des Reichs den preußi-
schen Bestimmungen anzugleichen, die den Verlust des Be-
soldungsdienstalters auf vier Jahre beschränken. Die
Reichsregierung wurde schließlich erjucht, in eine Prüfung
darüber einzutreten, ob es möglich sei, die Gestaltung des
Besoldungsdienstalters auf eine andere Grundlage zu
stellen und dabei zu einheitlichen, einfachen und übersicht-
lichen Grundlagen zu kommen, die eine Schädigung der
Beamten vermeiden.

Weiter sollen mit der preussischen Staatsregierung Ver-
handlungen darüber geführt werden, wie sich eine grund-

